

(Lanfermann (F.D.P.))

- (A) und gelesen haben, lassen Sie uns das dann mit dem vergleichen, was zu dem Zeitpunkt der Landesregierung bekannt war. Das alles werden wir noch im Untersuchungsausschuß erarbeiten und es diesem Landtag noch rechtzeitig vorlegen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung zum Einzelplan 01.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4981 - Stellen für den Polizeidienst - ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Einzelplan 03 - Innenminister - ab. Wer dem Entwurf des Einzelplans 03 entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4903 und Drucksache 10/4975 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 03 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe

- (B) Einzelplan 06: Minister für Wissenschaft und Forschung

auf. Mit Drucksache 19/4906 liegt Ihnen die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses vor. Es liegen weiterhin die Entschließungsanträge Drucksache 10/4943 von der Fraktion der SPD und Drucksache 10/4979 von der Fraktion der F.D.P. vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Goldmann von der Fraktion der CDU das Wort.

Goldmann (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte für die CDU-Fraktion einige Anmerkungen zum Bereich Wissenschaft und Forschung machen.

Die Erosion und die Demontage des Kommunismus, die wir heute früh hier diskutiert haben - wenn auch nicht immer sehr einig -, und die Möglichkeit, die sich abzeichnet, daß unsere Landsleute drüben in Mitteleuropa Freiheit und wir auch die Einheit wieder gewinnen, das alles überdeckt natürlich zur Zeit - ich möchte sagen: erfreulicherweise -

die anderen politischen Themen und auch das Thema "Wissenschaft". Ich bin aber sicher, daß diese Entwicklung auch für die Entwicklung der deutschen Wissenschaft positive Folgen haben wird. (C)

Bei unserem Besuch drüben in der DDR ist das damals schon von der Akademie der Wissenschaften bestätigt worden. Dort hat man uns zugestimmt, als wir darauf hingen, daß derzeit in den beiden Teilen Deutschlands Doppelforschung betrieben wird. Zwar hat diese Akademie der Wissenschaften das Wort "Deutsche" aus ihrem Titel gestrichen. Ich bin aber guter Hoffnung, daß es wieder eingefügt werden wird. Insofern sind die Mitglieder des Wissenschaftsausschusses von diesen Entwicklungen drüben nicht allzusehr überrascht worden.

Meine Damen und Herren! Aufgrund eines CDU-Antrages haben wir - auch mit entscheidender Hilfe des Bundes und dem Versprechen der Landesregierung zur anschließenden Fortführung - ein neues Institut für Geschichte und Kultur der Deutschen in Mittel- und Osteuropa für das Wintersemester 1990/91 beschließen können.

Wie wir jetzt sehen, ist das gerade zur rechten Zeit geschehen, Herr Schultz-Tornau. Die Aufgaben werden durch die jetzige Entwicklung wahrscheinlich noch zunehmen.

Ich hoffe auch, daß einige Kollegen wie z. B. Herr Kollege Trinius vielleicht noch von diesem Institut profitieren. Herr Kollege Trinius, wenn Sie heute vormittag behauptet haben, die politische Rechte hätte Hetze gegen den Versailler Vertrag betrieben, dann darf ich Sie nur daran erinnern, daß Ihr sozialdemokratischer Parteigenosse Philipp Scheidemann gesagt hat, es solle demjenigen die rechte Hand verdorren, der diesen Vertrag unterschreibt. Es wäre etwas ganz Neues, daß Herr Scheidemann der politischen Rechten zuzurechnen gewesen ist. (D)

Meine Damen und Herren, es geht uns in diesem Bereich wie auch in anderen um die Behebung von Defiziten, die sich diese Landesregierung leider nicht entsprechend angelegen sein läßt. Überall brüstet sich die Landesregierung mit der Feststellung, unser Bundesland Nordrhein-Westfalen besitze die dichteste Hochschullandschaft Europas. - Frau Ministerin, Sie nicken. Aber, meine Damen und Herren, vor den gravierenden Problemen, die in dieser Hochschullandschaft gleichzeitig vorhanden sind, verschließt die Landesregierung allzu gerne die Augen. Frau Brunn reicht es meistens schon, wenn sie bei ihren Besuchen an den Universitäten zu einem

(Goldmann (CDU))

- (A) "Gruppenbild mit Dame" kommt - da macht sie sich immer auch ganz nett -, aber uns reicht das nicht für eine erfolgreiche Wissenschaftspolitik.

Wie sieht es an den Hochschulen des Landes aus, meine Damen und Herren?

Nach wie vor bedrückt die Überlast die Hochschulen. Entgegen früheren Prophezeiungen und den Streichungsplänen auch dieser Landesregierung hat die Zahl der Studienanfänger von 1988 auf 1989 nochmals um 10 000 Studentinnen und Studenten zugenommen. Der vom bankrotten Sozialismus verursachte Zustrom der Deutschen aus Mitteldeutschland und den Ostgebieten - immerhin sind es von 1987 bis 1989 rund 1 Million Menschen, davon in Nordrhein-Westfalen bis Ende 1989 45 000 schulpflichtige Kinder - wird einen weiteren Zustrom an die Hochschulen des Landes mit sich bringen, der ebenfalls die Zahl der Studentinnen und Studenten erheblich ansteigen lassen wird.

Wir von der CDU-Fraktion haben uns frühzeitig auf diese Entwicklung eingestellt. Die SPD auf der anderen Seite lamentiert darüber und vermeidet rechtzeitige Lösungen. Konkrete Vorschläge überläßt sie weitgehend der CDU. Uneigennützig, wie wir sind, erteilen wir dann auch die nötigen Nachhilfestunden.

- (B) Ich möchte dazu einige Beispiele geben. Wir haben den Antrag zur Sicherung der Aufgabenerfüllung der Hochschulbibliotheken im Mai dieses Jahres gestellt, dem dann alle Fraktionen zugestimmt haben. Wir begrüßen, daß gerade diesem Bereich, der für die Studenten lebensnotwendig ist, Mittel aus dem Bund-Länder-Hochschulprogramm jetzt in erheblicher Weise zugeflossen sind. Hier hat die CDU der Landesregierung den richtigen Weg gewiesen.

Einen zweiten Bereich bildet die Verbesserung der Versorgung mit Wohnraum, da auch hier ein allgemein beklagter Engpaß entstanden ist. Viele von Ihnen wissen sicher aus eigener Erfahrung, daß das Fahr-Student-Sein nicht gerade zum lustigen Teil des Studentenlebens gehört. Nebenbei gesagt kostet es auch noch sehr viel Zeit. Wir haben daher rechtzeitig, Frau Ministerin, ein schnell wirkendes Programm für den studentischen Wohnheimbau und auch für unkonventionelle Maßnahmen des Landes zur Förderung von Wohnraumvermietung gefordert. Bei den Neubaumaßnahmen sollte dem sozialen Wohnungsbau gegenüber reinem Studentenwohnheimbau Vorrang gegeben werden, damit man später besser auf Nachfrageveränderungen reagieren kann. Es ist hier hervorzuheben, daß die Bundesre-

- (C) gierung für die Jahre 1990 bis 1993 einen Zuschuß in Höhe von 300 Millionen DM geben wird.

(Kniola (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Ich appelliere schon jetzt an das Land, die Verwirklichung dieser Baumaßnahmen im Interesse unserer Studenten in unbürokratischer Weise zu ermöglichen.

Wir können des weiteren in diesem Falle loben, daß die SPD in ihrem Entschließungsantrag zum Haushalt - Drucksache 10/4943 - unsere Positionen weitgehend aufgenommen hat. Auf der anderen Seite halten wir aber gar nichts von den Profilierungsversuchen des Landes auf Kosten des Bundes, wie dies in dem jetzt vorgelegten Positionspapier der Länder geschieht.

(Frau Minister Brunn: Sind Sie auch gegen die CDU-Länder?)

Es ist schlecht, hier den Bund gegen die Länder auszuspielen. Vor allem wenden wir uns gegen das Verteilungs-Hickhack, das hier wieder ins Spiel gebracht wird, nämlich die 70 : 30-Prozent-Kombination. Wir haben ja im Grundgesetz, Frau Ministerin, eine ziemlich deutliche Festlegung von Finanzierung, und man sollte gerade in der jetzigen Notsituation an einer möglichst schnellen Bewältigung der Probleme interessiert sein und nicht neue Hürden aufbauen.

(D) Als letzten kritischen Punkt lassen Sie mich die Liebhabereien der Landesregierung anführen, die Herr Kollege Schultz-Tornau schon am heutigen Vormittag ins Gespräch gebracht hat. Wir sind uns da mit der F.D.P. völlig einig.

Diese beiden Institute für Kulturwissenschaften und für Arbeit und Technik - ich muß noch ergänzen: mit dem Überbau Wissenschaftszentrum - lehnen wir nach wie vor ab. Sie werden jetzt nach langen Geburtswehen - es hat ja drei Jahre gedauert, bis sie endlich ans Licht der Öffentlichkeit traten - mit immensen Mitteln aufgepäppelt. Diese Mittel fehlen den Hochschulen für ihre Aufgaben. Wir sind der festen Überzeugung, daß die Hochschulen die Aufgaben dieser Institute in ähnlicher Weise oder vielleicht sogar besser und kostengünstiger lösen könnten. Wir meinen - und das muß noch einmal deutlich gesagt werden -: Forschung gehört zur ursprünglichen Aufgabe der Hochschulen.

Insgesamt haben wir, meine Damen und Herren von der SPD, ernste Zweifel, ob die

(Goldmann (CDU))

- (A) Landesregierung trotz der im Haushalt 1990 vorgesehenen Verbesserungen die Fundamente im Wissenschaftsbereich genügend gestärkt hat. Kritischen Stimmen aus den Hochschulen und aus dem Bildungsbereich - ich verweise auf die kürzliche Stellungnahme des Präsidenten des Deutschen Hochschulverbandes, Professor Schiedermaier - muß daher in Zukunft größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir sollten sie nicht als Pro-domo-Stimmen abwerten. Nach wie vor fehlen in großem Umfang Kapazitäten in der Lehre - da ist den Hochschullehrern zuzustimmen. Es fehlen vielfach die nötigen sachlichen und personellen Voraussetzungen für eine Verkürzung der Studiendauer, die wir alle zusammen wollen.

Meine Damen und Herren! Es ist doch unerträglich, daß in Deutschland statt acht Semestern - das ist für die meisten Fächer die Regelstudienzeit - im Durchschnitt 15 Semester, also fast doppelt so lange studiert wird und daß die jungen Leute dann mit 30 Jahren, wenn man das Referendariat dazurechnet, zum ersten Mal in den Beruf eintreten. Das ist zuviel, das muß gründlich abgekürzt werden.

Wir kritisieren auch, daß das Hochschulsonderprogramm nur mit zeitlicher Verzögerung umgesetzt wird, daß Wohnraum weitgehend fehlt und daß die Probleme beim wissenschaftlichen Nachwuchs, die in den neunziger Jahren zu erwarten sind, nicht ernst genug genommen werden.

(B)

Verehrte Frau Ministerin, so heiter und idyllisch Sie die Wissenschaftslandschaft in Nordrhein-Westfalen auch darstellen: Dieses heitere und idyllische Bild, dieser "Locus amoenus" der Wissenschaft, um es mit einem germanistischen Fachausdruck zu sagen, stimmt mit der Wirklichkeit leider nicht überein. Darum halten wir es für nötig, die Landesregierung aufzufordern, auch in der Wissenschaftspolitik aus dem alten Trott aufzuwachen und neue Wege zu beschreiten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Steinkühler von der Fraktion der SPD das Wort.

Steinkühler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu den speziellen hochschulpolitischen Fragen, die der Kollege Goldmann eben aufgeworfen hat, wird sicherlich mein Kollege Franz-Josef Kniola bzw. die Frau Ministerin noch Stellung beziehen. Ich will mich einem engen,

aber, so denke ich, nicht unwichtigen Bereich in der nordrhein-westfälischen Hochschul-landschaft zuwenden. (C)

"Wir wollen Nordrhein-Westfalen ökologisch und ökonomisch erneuern" - so lautete der Kernsatz in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zu Beginn dieser Legislaturperiode. Ein wichtiger Schritt in die Richtung der ökologischen Erneuerung war und ist, so sage ich, das Programm für eine umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft. Damit bin ich bei der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn und somit beim Einzelplan 06.

Diese Fakultät hat einen Lehrstuhl für organischen Landbau, der in der Nähe von Bonn den Versuchsbetrieb Wiesengut unterhält. Es handelt sich im Übrigen um den bundesweit ersten Lehrstuhl für organischen Landbau.

Der Arbeitskreis für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz der SPD-Landtagsfraktion hat im vergangenen September Herrn Prof. Dr. Köpke und seine Mitarbeiter auf dem Wiesengut besucht. Wir haben den Versuchsbetrieb besichtigt und hatten einen ausführlichen und sehr fruchtbaren Gedankenaustausch mit Herrn Prof. Dr. Köpke und seinen Mitarbeitern. Alle Mitglieder unseres Arbeitskreises waren beeindruckt von den Arbeitsergebnissen, die der Lehrstuhl schon jetzt, nach kurzer Zeit, vorzeigen konnte. Wir haben die Überzeugung gewonnen, daß das Geld, das in den Versuchsbetrieb investiert wurde, gut angelegt ist. (D)

Der ungehemmte Einsatz von Produkten der Chemie-Industrie war in der Vergangenheit das Mittel, um die Erträge in der Landwirtschaft zu steigern. Prof. Dr. Köpke und seine Mitarbeiter gehen einen anderen Weg, nämlich einen Weg ohne Pestizid- und Herbizideinsatz. Ihre Fragestellung lautet: Wie kann ohne Einsatz von Chemie ein befriedigender Ertrag erzielt werden?

Angesichts der Umweltbelastung aus der Landwirtschaft und angesichts landwirtschaftlicher Überproduktion trifft diese Fragestellung die Zukunftsperspektive der Landwirtschaft schlechthin. Prof. Dr. Köpke und seine Mitarbeiter geben schon heute Antworten auf diese Frage. Der Lehrstuhl hat sich in den vergangenen Jahren schwerpunktmäßig mit dem Getreideanbau beschäftigt. Es ist gelungen, allein durch die Sortenwahl die natürliche Resistenz einer Getreidepflanze gegen Unkräuter zu verbessern. Großkörniges Saatgut z. B. entwickelt in der Jugendphase größere Blätter

(Steinkühler (SPD))

- (A) und hat deshalb eine höhere Konkurrenzkraft gegenüber Unkräutern. Die Blatthaltung einer solchen Getreidepflanze ist ein entscheidender Faktor, um Unkräuter niederzuhalten.

Im herkömmlichen Landbau, der auf Pflanzenschutzmittel angewiesen ist, führt z. B. eine nach oben gerichtete Blatthaltung zu höheren Erträgen, da die gegenseitige Beschattung gering ist und die photosynthetische aktive Einstrahlung in mehreren Blättern besser ausgenutzt werden kann. Im organischen Landbau dagegen sind Sorten mit einer nach unten gerichteten Blatthaltung zu bevorzugen. Deren Blätter beschatten den Boden und unterdrücken damit auf natürliche Weise Unkräuter. - Herr Dautzenberg, ich sage nicht "Wildkräuter", sondern "Unkräuter". - Der Saatgutqualität kommt also eine ganz erhebliche Bedeutung für den Erfolg des organischen Anbaus zu.

Prof. Dr. Köpke weist auch auf die Bedeutung der landschaftsgestaltenden Elemente für den organischen Anbau hin. Feldgehölze, Hecken und größere Feldraine sind aus unserer Agrarlandschaft weitestgehend verschwunden. Für den organischen Landbau haben sie nicht nur einen ästhetischen Wert, sie sind vor allem Rückzugsgebiete und Orte der Vermehrung für Nutzorganismen.

- (B) Das Land Nordrhein-Westfalen hat in diesen einzigartigen Lehrstuhl bislang 13 Millionen DM investiert. Wir sind überzeugt, daß die Forschung und Lehre, die hier betrieben werden, zu den Voraussetzungen der Landwirtschaft von morgen gehören. Schon heute ist das Institut bundesweit - ich betone: bundesweit - ein Ansprechpartner für Landwirte, die den organischen Anbau praktizieren.

Im Verlauf unseres Besuchs wurde uns berichtet, daß in der unmittelbaren Umgebung des Wiesengutes aufgrund der überzeugenden Forschungsergebnisse und ihrer Erprobung in der Praxis bereits fünf Landwirte auf Anbaumethoden des organischen Landbaus umgestellt haben.

Es ist unser erklärtes Ziel, die nach Methoden des organischen Landbaus bewirtschaftete Fläche in Nordrhein-Westfalen zu steigern. Zur Zeit werden die verschiedenen organischen Methoden von 214 landwirtschaftlichen Betrieben in Nordrhein-Westfalen praktiziert. Das entspricht einem - viel zu geringen, sage ich - Anteil von 0,23 %. Aber die Arbeit des Instituts der Universität Bonn belegt heute schon, daß mit Methoden des organischen Landbaus auf Dauer wirtschaftlich gearbeitet werden kann.

In Zukunft soll sich aber die Tätigkeit dieses Lehrstuhls nicht allein auf den Getreideanbau beschränken. Während unseres Besuchs wurde uns zum Beispiel der Rohbau eines Stallgebäudes gezeigt, in dem zwei Formen artgerechter Rinderhaltung praktiziert werden sollen. Hier sollen ein Tretmiststall und ein Tieflaufstall eingerichtet werden - Begriffe, die sonst in der Hochschullandschaft keine Rolle spielen, aber sie gehören eben zu der Vielfalt der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft. Ich bin zuversichtlich, daß die beiden Mutterkuhherden, die den Stall bevölkern sollen, im kommenden Jahr erworben werden können.

Von 1986 bis 1989 sind der Grunderwerb, die Ersteinrichtung und die Baumaßnahmen des Lehrstuhls mit 11,5 Millionen DM aus dem Haushalt des MURL finanziert worden. Im Einzelplan 06 werden mit dem Haushalt 1990 1 Million DM und zusätzlich Verpflichtungsermächtigungen von 1,6 Millionen DM bereitgestellt, damit weitere notwendige - ich sage sogar: dringend notwendige - Baumaßnahmen abgeschlossen bzw. in Angriff genommen werden können. Damit sollen und müssen auch die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter des Lehrstuhls, die zur Zeit alles andere als ideal sind, verbessert werden.

Der Lehrstuhl ist ein Markenzeichen nordrhein-westfälischer Landwirtschafts-, Wissenschafts- und Umweltpolitik. Wir hoffen, daß wir mit dem Etatansatz im Einzelplan der Frau Wissenschaftsministerin, der auf einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion zum Haushaltsentwurf der Landesregierung zurückgeht, dazu beitragen, die Ausstrahlung des Lehrstuhls zu erhöhen. Wir sind zuversichtlich, daß die Studenten, die hier ausgebildet werden, ihre Kenntnisse über eine ökonomisch erfolgreiche und zugleich umweltschonende Bewirtschaftung im Rahmen des organischen Landbaus in ihrer beruflichen Praxis weitergeben. Wir sind davon überzeugt, daß die Arbeit des Lehrstuhls in Zukunft noch mehr Landwirte dazu bringen wird, auf eine der Methoden des organischen Landbaus umzustellen.

Bereits heute ist festzustellen, meine Damen und Herren, daß insbesondere die jüngeren Landwirte verstärkt zur alternativen Landwirtschaft hin tendieren, daß die Landwirtschaftskammern damit beginnen, ihre Beratungstätigkeit in Richtung alternative Landwirtschaft zu orientieren. Wir wissen, daß dies alles erst ein Anfang ist, aber daß wir auf dem richtigen Weg sind, Nordrhein-Westfalen auch in diesem Bereich ökologisch zu erneuern.

(C)

(D)

(Steinkühler (SPD))

- (A) Das zeigt unter anderem ein Untersuchungsbericht der LÖLF, aus dem ich mit Genehmigung des Präsidenten gern zitieren möchte. Am Ende dieses Berichts heißt es:

Der alternative Landbau leistet nach den Untersuchungsergebnissen

- die die LÖLF ermittelt hat -

einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Arten- und Lebensgemeinschaften in den intensiv bewirtschafteten Agrargebieten.

Natürlich können auch alternativ bewirtschaftete Ackerflächen keine optimalen Lebensbedingungen für die Wildpflanzen und Tiere bieten, weshalb aus der Sicht des Natur- und Artenschutzes die Erhaltung bzw. Wiederherstellung eines vielfältigen Mosaiks unbewirtschafteter Randflächen in der Kulturlandschaft von ausschlaggebender Bedeutung sind. Wegen des niedrigen Düng- und Ertragsniveaus kann der alternative Landbau ganz allgemein aber zum Abbau von Produktionsüberschüssen und zur Extensivierung der Landwirtschaft beitragen. Er ist somit auch eine Alternative zu Flächenstilllegungsprogrammen.

Um allerdings im größeren Ausmaß umweltwirksam zu werden, müßte der derzeit geringe Flächenanteil des alternativen Landbaus von - ich erwähnte das soeben schon - weniger als 0,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Nordrhein-Westfalen erheblich zunehmen. Neben der Befürwortung von Umstellungsvorhaben ist daher aus der Sicht des Umwelt- und Naturschutzes vor allem die verstärkte Umsetzung umweltverträglicher Bewirtschaftungsmaßnahmen bzw. die Aufgabe umweltbelastender Praktiken in der allgemeinen Landwirtschaft von größter Bedeutung.

Meine Damen und Herren, für das Wiesengut sind mit dem neuen Haushalt insgesamt etwa 17 Millionen DM bereitgestellt worden. Wir wissen, daß das Geld gut angelegt ist. Die landwirtschaftliche Forschung und Lehre war jahrzehntelang auf die Anwendung von Chemieprodukten orientiert. Dieses bundesweit einzigartige Institut ist dabei, den Forschungsrückstand von Jahrzehnten im organischen Landbau aufzuholen und damit einen wichtigen Beitrag zur ökologischen Erneuerung unseres Landes zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Schultz-Tornau von der Fraktion der F.D.P. das Wort. (C)

Schultz-Tornau (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Steinkühler hat gerade ein eindrucksvolles Beispiel dafür gegeben, wie wichtig Wissenschaft selbst für Ackerbau und Viehzucht, im speziellen Fall auch für die Getreidezucht sein kann. Wenn Sie einmal vor Ihrem geistigen Auge vorüberziehen lassen, wie viele tausend solcher wichtigen Einrichtungen wir in diesem Land Nordrhein-Westfalen haben, über die in ähnlicher Weise etwas zu sagen wäre, wie zu dieser einen Einrichtung gesagt worden ist, können Sie sich, wie ich glaube, sehr anschaulich machen, welche Bedeutung in der Tat der Wissenschaft für die Entwicklung unseres Landes zukommt und wie pfleglich wir deshalb auch mit den wissenschaftlichen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen umgehen sollten.

Herr Kollege Dr. Pohl, ein Bildungsbürger, hat mir gestern deshalb mit Recht im Foyer des Landtags entgegengerufen: Scientia delectat.

(Dr. Pohl (CDU): "Cordem" heißt das!)

- "Scientia delectat cordem" hat er sogar gesagt - die Wissenschaft erfreut das Herz.

So sollten wir in Zukunft mit unserer Wissenschaft auch umgehen. Leider ist das in den letzten Jahren nicht immer der Fall gewesen. Die Prioritäten sind nicht verändert worden. Die Konzepte für eine stärkere Förderung der Wissenschaft sind von der Landesregierung nicht erkennbar gemacht worden. (D)

Als ich vorige Woche im Krankenhaus lag - mein Blinddarm war gerade weggeschnipelt worden - und der Arzt mir sagte: Ihr Blinddarm war sehr gereizt; er hat diffus nach allen Seiten Bakterien gestreut, zum Durchbruch ist es aber Gott sei Dank nicht gekommen - da hat mich schlagartig die Erkenntnis überfallen: Mit deinem Blinddarm verhält es sich ja ganz genau wie mit der Wissenschaftspolitik der Landesregierung!

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Auch bei ihr ist letztlich nicht erkennbar, wozu sie eigentlich nütze ist, welche Funktion sie erfüllt. Sie hilft nicht den Hochschulen, ihre Autonomie besser zu wahren, sondern ganz im Gegenteil: Wenn ich an zentrale Stellenpools denke, an die willkürliche Schließung von Studiengängen, dann fragt

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) man sich in der Tat, wozu sie eigentlich nutze sei. Sie streut diffus nach allen Seiten. Dafür haben wir ja gerade in der Zweiten Ergänzungsvorlage der Landesregierung ein schönes Beispiel bekommen. Ich denke dabei insbesondere an die 150 000 DM, die unter dem schönen Titel "Konzept zur medienbezogenen Aus- und Weiterbildung" vorgesehen sind - das hört sich ja gut an -, wo dann der Vertreter Ihres Ministeriums - hinterher hat er das etwas relativiert - sich leicht verplappert hat, im Beirat dieser von Ihnen so besonders geförderten Medienhochschule in Köln sei man sich über die weiteren Konzepte nicht einig geworden. Deshalb wolle man doch jetzt einmal ein Gutachten in Auftrag geben, um auf diese Weise zu erfahren, wie es denn weitergehen könnte. Das ist nun wirklich diffuse Streuung im schlechtesten Sinne, was wir da erlebt haben.

(Zuruf von der SPD: Das war unter Niveau, Herr Kollege!)

- Ich halte "diffuse Streuung" für einen vornehmen Ausdruck. Ich wüßte nicht, was da unter Niveau sein soll.

(Zuruf des Abg. Paus (CDU))

- (B) Das Traurige ist nur: Wir brauchten ja ein geschlossenes Bild, wie es mit unseren Hochschulen weitergehen soll, also den Durchbruch, der beim Blinddarm negativ ist; in der Wissenschaftspolitik unseres Landes täte er uns dagegen gut. Er ist bis heute nicht erkennbar. Sie tut auf der anderen Seite weh wie manchmal der Blinddarm. Leider ist der operative Eingriff derzeit noch nicht möglich. Den Zeitpunkt kann man sich dafür nicht aussuchen, aber in fünf Monaten werden wir dann ja wohl so weit sein, daß wir den entsprechenden operativen Schnitt mit Erfolg am 13. Mai durchführen können.

Frau Ministerin, wir haben in diesem Jahr auf Einzelanträge verzichtet, und ich habe das damit begründet, daß alle Anträge zum Haushalt, die aus dem Wissenschaftshaushalt selbst heraus keine Deckung hatten, von der Mehrheitsfraktion in den Jahren zuvor abgelehnt worden seien. Ich darf noch einmal auf Herrn Steinkühler und das Institut, das Sie beschrieben haben, zurückkommen. So wären auch andere Möglichkeiten, andere Ansätze im Lande über das hinaus, was wir an Wertvollem haben, dann zu verwirklichen, wenn wir ernst machen würden mit einer Prioritätensetzung, die sich eben nicht hinter dem Status quo des Wissenschaftshaushaltes verschanzte, sondern die über diesen Status quo hinausgeht und die dann in der Tat Deckung nicht mehr im Wissenschaftshaushalt suchen

- (C) kann. Sie sucht dann vielmehr, wie die F.D.P.-Fraktion das über Jahre hinweg vergeblich getan hat, die Deckung aus anderen Bereichen des Landeshaushalts. Auch hier denken wir, daß wir den notwendigen operativen Eingriff, der zu einem anderen Bewußtsein führt, demnächst mit Erfolg durchführen können.

Uns liegen noch zwei Entschließungsanträge vor: einer der Sozialdemokraten, einer der F.D.P., die sich in Teilbereichen überschneiden. Wir haben zunächst überlegt, ob wir einen Abänderungsantrag stellen sollten; das sage ich in allem Freimut. Wir haben es dann aber für richtig gehalten, ein Gegenbild zu den Punkten, in denen wir abweichen, hier vorzustellen. Es ist ja kein Geheimnis, daß beide Entschließungsanträge das gleiche Datum vor Augen haben, nämlich drei Tage vor Weihnachten, den 21. Dezember 1989, an dem das berühmte Gipfelgespräch über Wissenschaftspolitik zwischen dem Kanzler und den Ministerpräsidenten der Länder stattfindet.

- (D) Wir hoffen auch auf einen Erfolg, und wir hoffen vor allen Dingen, daß das, was der Bundesbildungsminister mit seinem Vorstoß im August zum zweiten Mal in der Bildungslandschaft in Bewegung gebracht hat, nicht wieder nach dem Motto zerredet wird: Wir können doch dem Möllemann nicht schon wieder vor der Landtagswahl am 13. Mai einen durchgreifenden Erfolg gönnen. Das muß zerredet werden. Wir müssen eine Alternative aufbauen, die dann den Eindruck erwecken soll, das sei nicht mehr der Plan des Herrn Möllemann, sondern das sei der Plan der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Ich hoffe, daß über diese kleinkarierte Betrachtungsweise hinaus das gemeinsame Ziel, Wissenschaft und Forschung voranzubringen, nicht aus dem Blickfeld gerät.

(Zustimmung bei der SPD)

Als Landespolitiker müßten wir ja immer sehr daran interessiert sein, dem Bund nach Kräften in die Tasche zu greifen. Aber das muß doch realistisch geschehen.

Wenn wir von Kulturhoheit reden und von der vorrangigen Verpflichtung und der verfassungsmäßigen Aufgabenverteilung auf die Länder, im Bereich von Wissenschaft und Forschung etwas zu tun, dann ist es eine gute Sache, wie das bei Möllemann I geschehen ist und wie das auch bei Möllemann II geschehen soll, wenn Bund und Länder in Teilbereichen 50 : 50 finanzieren. Aber es ist schon ein bißchen schlitzohrig, wenn man sagt: Da setzen wir jetzt eins drauf und

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) sagen, jetzt solle das Land noch 30 % zahlen, und der Bund solle mit 70 % zur Kasse gebeten werden. Ja, mein Gott, wenn das so ist, dann können wir ja vielleicht noch gerade den 10-%-Anteil des Landes übernehmen und lassen 90 % durch den Bund finanzieren. Das hat dann die gleiche Verwirklichungschance, nämlich gleich null. So einfach, meine ich, darf man es sich nun wirklich nicht machen. Damit werden wir uns nicht einverstanden erklären können, nicht, weil wir meinen, das Land hätte zuviel Geld, sondern weil wir meinen, es gehöre zu einem ehrlichen Umgang zwischen Bund und Land, daß man nicht Dinge fordert, die man nach unseren verfassungsrechtlichen Gegebenheiten und nach den sachlichen Schwerpunkten der gegenseitigen Aufgabenerfüllung verantwortlich gar nicht fordern kann. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Kniola von der Fraktion der SPD das Wort.

Kniola (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Einzelplan 06 nur wenige Worte, weil ich denke, daß es angesichts der Situation an den Hochschulen müßig ist und auch die Menschen kein Verständnis dafür hegen, wenn wir uns darüber streiten würden, wer hier im Recht ist, ob die Henne oder das Ei zuerst dagewesen ist. Ich glaube nicht, daß das den Studentinnen und Studenten, den Angehörigen des Mittelbaus, den Professoren oder den nichtwissenschaftlichen Beschäftigten an den Hochschulen weiterhilft.

- (B) Ich bin sehr dankbar, daß Herr Kollege Schultz-Tornau, dem ich noch einmal sehr herzlich gratuliere, daß er seine schwere Krankheit so schnell überwunden hat, darauf hingewiesen hat, daß wir die Mehrheit der Einzelanträge - bis auf wenige Ausnahmen - im Ausschuß einvernehmlich verabschiedet haben. Auch bei den 150 000 DM, Herr Kollege, sind wir ja zunächst einmal zu einem einvernehmlichen Ergebnis gekommen, wobei ich doch um Fairneß im Umgang mit den Beschäftigten des Ministeriums bitte. Denn es ist doch dann sehr schnell klargestellt worden, daß es sich bei der ersten Äußerung um eine Fehlinformation gehandelt hatte und daß dieses Geld für Aus- und Weiterbildung im Medienbereich vorgesehen war, die eben in anderen Feldern als im Kunsthochschulbereich, der durch die Kunsthochschule für Medien abgedeckt wird, stattfinden sollte.

Lassen Sie mich zwei Dinge ganz kurz ansprechen! Bei der einen Sache geht es um den Wohnraumbau, der von Herrn Kollegen Goldmann angesprochen wurde und auch in Ihrem Antrag enthalten ist. Sowohl in Ihrem

Text als auch in dem, was Herr Kollege Goldmann ausgeführt hat, wird doch die Leistung des Bundes etwas besser dargestellt, als sie ist. Denn die 300 Millionen DM verteilen sich leider auf vier Jahre. Für 1990 stehen davon nur 50 Millionen DM für alle Länder zur Verfügung; das heißt: für Nordrhein-Westfalen nur 15 Millionen DM. Wenn ich diese 15 Millionen DM, die tatsächlich bar zur Verfügung stehen, in Vergleich zu den 46,6 Millionen DM setze, die das Land insgesamt für diesen Bereich zur Verfügung stellt, dann sieht man, daß das Land seinen Verpflichtungen wesentlich stärker nachkommt als der Bund.

(Zustimmung bei der SPD)

Das zweite, was ich ansprechen möchte, ist die Frage 70 : 30 in der Diskussion zwischen Bund und Ländern. Ich denke, daß wir als Landespolitiker zunächst einmal gar keine Veranlassung haben, von den wohlbegründeten Interessen unseres Landes Abstand zu nehmen, die auch die wohlbegründeten Interessen aller übrigen Bundesländer sind. Es ist ja sehr interessant, daß sich das, was Sie, Herr Kollege, hier ausgeführt haben, völlig von dem unterscheidet, was Ihr Kollege Wissenschaftsminister in Hamburg - zum Beispiel - gesagt hat. "Kollege" meine ich in dem Sinne von "F.D.P.-Kollege". Ich wollte nicht irgendwelchen Dingen vorgreifen.

(Heiterkeit)

Hier sind sich ja alle Bundesländer einig, daß es in dieser besonderen Situation eigentlich ein angemessener Finanzierungsschlüssel für das Sonderprogramm wäre. Wir sollten einen Moment darüber nachdenken, ob es richtig ist, in dieser Situation schon vor dem 21. Dezember auf Positionen aller Länder gegenüber dem Bund im Vorgriff zu verzichten. Es mag ja sein, daß das Verhandlungsergebnis ein anderes ist. Ich würde es aber für eine Schwächung der Position auch unseres Landes halten, wenn wir uns hier schon auf andere Verteilungsmodi einstellen sollten.

Herr Kollege Schultz-Tornau, ich würde gern nicht nur von einem Bereich der Überdeckung in den Entschließungsanträgen sprechen. Denn wenn man sich die Texte genau anschaut, stellt man fest, daß wir inhaltlich an vielen Punkten gemeinsame Positionen haben. Vielleicht können wir in der bewährten Art und Weise der Zusammenarbeit die Chance der noch vor uns liegenden Woche bis zur Beschlußfassung über die Entschließungsanträge nutzen, noch zu einer Verständigung zu kommen. Denn es wäre angesichts der

(C)

(D)

(Kniola (SPD))

- (A) drängenden Probleme im Hochschulbereich gut, wenn es eine gemeinsame Beschlüßfassung des Landtags gäbe. Ich will gern sagen: Für meine Fraktion möchte ich diesen Versuch mit den anderen Fraktionen unternehmen. Ich denke, das wäre gut.

Eines ist mir dabei allerdings wichtig, und da unterscheiden sich an einem kleinen, aber wichtigen Punkt die Positionen von Bund und Bundesländern: Ich denke, daß wir auf keinen Fall auf diesen wesentlichen Punkt verzichten können, nämlich darauf, daß diese Maßnahmen sofort zu Beginn des Jahres 1990 eingeleitet werden müssen und daß wir in der jetzt vorhandenen Belastungssituation nicht auf den Haushalt 1991 verweisen können, wie es die Absicht des Bundes ist. Ich glaube, dafür hätte niemand in den Hochschulen und in der Öffentlichkeit Verständnis.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Posdorf von der Fraktion der CDU.

Dr. Posdorf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund der Tatsache, daß hier zwei Entschließungsanträge eingebracht worden sind und jetzt der Vorschlag des Kollegen Kniola gekommen ist, habe ich mich noch einmal ganz kurz zu Wort gemeldet.

- (B) Wir haben diesmal auf einen Entschließungsantrag zur dritten Lesung aufgrund der Erfahrung verzichtet, daß Entschließungsanträge kurz besprochen und abgestimmt werden und dann im Grunde genommen etwas für den Papierkorb sind. Etwas anderes ist es, wenn wir hier zu einer gemeinsamen Entschließung kommen können. Bezüglich der Übereinstimmung beziehe ich mich auf unseren Antrag "Sicherung der Aufgaben im Hochschulbereich", den wir kürzlich im Ausschuß besprochen haben und der ja im Grunde genommen mit den Forderungen zum studentischen Wohnraumbau, zur apparativen und zur personellen Ausstattung identisch ist. Allerdings sollte man von dem Finanzierungsverhältnis 70 : 30 absehen. Ich glaube, daß das eine unrealistische Sache ist. Wir wollen ja nicht einen gemeinsamen Entschließungsantrag machen, der in einer Forderung so unrealistisch ist, daß wir damit sowieso nicht durchkommen. Wir würden dann wieder Papier produzieren, was wir in den Papierkorb werfen können.

Deshalb greife ich Ihre Formulierung, Herr Kniola, auf. Wenn wir so etwas gemeinsam machen, dann so realistisch, daß wir auch 1990 damit vorankommen können, damit wir

- für unsere Studentinnen und Studenten - und das muß unser primäres Ziel sein - etwas erreichen, damit wir dann auch die Aufgaben des Bundes und des Landes in diesem Bereich einfordern können. Gegen einen einstimmigen Beschluß im Wissenschaftsausschuß kann eine ganze Menge gemacht werden. Aber ein einstimmiger Beschluß des Parlaments hat gegenüber der Regierung ein ganz anderes Gewicht. Von daher möchte ich danken. (C)

Ein Wort nur, Herr Kniola, zu Ihren Zahlenspielerereien im studentischen Wohnraumbau. Es ist nicht ganz richtig, was Sie da sagen; denn nur wenn Sie ganz einfach diese 40 Millionen oder 20 Millionen DM VE als Landesgelder einkassiert haben, ist das richtig.

Nur ist es so ja nicht, denn es sind auch Bundesgelder. Wenn wir die einmal herauslassen, dann ist es im Moment so, daß von den 61 Millionen DM 26 Millionen das Land und 35 Millionen der Bund trägt. Ich glaube, darüber sollten wir uns nicht streiten. Wir sollten auch in diesem Bereich des studentischen Wohnraumbaus davon ausgehen, daß es egal ist, woher diese Gelder kommen. Sie müssen schnell umgesetzt werden; wir müssen unseren Studierenden helfen. - Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

- Vizepräsident Dr. Riemer: Kollege Posdorf, über die Entschließungsanträge wird heute ja nicht abgestimmt, sondern erst im Zusammenhang mit der dritten Lesung. Sie können sich also um eine gemeinsame Entschließung bemühen. (D)

Das Wort hat Herr Abg. Reichel von der Fraktion der F.D.P.

Reichel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden ja nächste Woche Gelegenheit haben, unter anderem anhand von Anträgen der F.D.P.-Fraktion Dinge vertieft zu behandeln, die man hier zur Hochschulpolitik auch behandeln könnte.

Herr Kollege Kniola, eine Bemerkung, die Sie hinsichtlich der Beteiligung des Bundes am studentischen Wohnungsprogramm gemacht haben, möchte ich hier doch korrigieren:

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem 300-Millionen-DM-Programm um ein Vierjahresprogramm handelt. Aber wenn Sie damit den Eindruck erwecken wollen, daß der entsprechende Betrag nicht innerhalb des nächsten Jahres bereits zur



(Reichel (F.D.P.))

(A) Verfügung\* stünde, dann ist dieser Eindruck schlicht falsch. Darauf könnte man ja kommen, deshalb stelle ich das richtig:

(Kniola (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

Diese 300 Millionen DM stehen per Verpflichtungsermächtigung für 1990 zur Verfügung. Das heißt: Die notwendige Hilfe steht in vollem Umfang zur Verfügung.

Diese Klarstellung halte ich für wichtig. Im übrigen denke ich, daß wir alle weiteren interessanten Punkte - wie ich angekündigt habe - in der nächsten Woche anhand vorliegender Anträge behandeln können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die Landesregierung erteile ich der Frau Minister für Wissenschaft und Forschung das Wort.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß der Landtag in einer Reihe von Punkten in der Unterstützung der Hochschulpolitik und praktisch in der Unterstützung der Hochschulen einig ist. Ich glaube, das brauchen die Hochschulen, denn sie sind enorm überlastet.

(B) Ich halte es für wichtig, daß man sich nicht über die Punkte streitet, über die man sich einigen kann. Insofern freue ich mich auch über den Hinweis von Herrn Goldmann auf das Hochschulbibliotheksprogramm, zu dem Sie einen Antrag gestellt und Ihre wegweisende Einigkeit mit uns dargelegt haben. Sie haben nur ein Datum übersehen: Sie haben Ihren Antrag im Mai gestellt, und ich habe mein Programm im Februar vorgestellt. Das ist der kleine Unterschied.

(Goldmann (CDU): Welches Jahr? - Heiterkeit)

- Im selben Jahr, drei Monate vorher. Aber das macht nichts; Sie haben vielleicht noch etwas sorgfältiger weiter daran gearbeitet. Das vermute ich einmal. Jedenfalls sind wir im Ergebnis zu denselben Folgerungen gekommen.

Ich sage das nur, damit Sie sehen, daß es für die Zielgleichheit nicht unbedingt einer Nachhilfe bedurfte.

Ich freue mich, daß wir für die Hochschulbibliotheken ebenso wie für etliche andere Bereiche der Hochschulen einiges tun kann-

ten, sowohl im Jahre 1989 zusätzlich als auch im Jahre 1990 zusätzlich, und zwar nicht nur über Sonderprogramme. Wir haben über eigene zusätzliche Anstrengungen des Landes Zuwächse erzielen können, die die Hochschulen ganz dringend brauchten. (C)

Ich habe mich auch darüber gefreut, daß erstmals in einer Landtagsdebatte zur Hochschulpolitik vom Tretnistall und ähnlichen Einrichtungen - speziell in Hochschulen - die Rede gewesen ist. Ich freue mich deshalb, weil nämlich der besondere Beitrag der Hochschulen - und speziell dieses Instituts in Bonn - zur Umweltverbesserung, zur Verbesserung unserer Lebensgrundlagen durch die Erwähnung und durch die Erhöhung der Mittel unterstrichen wird.

Ich freue mich für die gesamte Hochschul Landschaft über den Mittelzuwachs, den wir hier erhalten, aber auch über das, was die Kollegen in den Hochschulen verdienstvoll machen.

Ich sage Ihnen, daß gerade die Forschung im Bereich Umwelt sowie die ökologische und ökonomische Erneuerung die Hochschulen auch enorm motiviert.

Wir werden, nachdem wir Ihnen ja vor einiger Zeit ein Handbuch zur Umweltforschung vorgestellt haben, in nächster Zeit ein Handbuch zur Umweltlehre vorlegen, damit Sie sehen, wie dies sich auch in praktischen Feldern der Lehre auswirkt. (D)

Herr Kollege Schultz-Tornau, ich habe mit Sympathie Ihren Blinddarmvergleich gehört, wobei sich meine Sympathie im besonderen Maße auch darauf bezog, daß Sie wieder genesen sind. Ich wünsche Ihnen weiterhin gute Genesung.

Ansonsten habe ich das zum großen Teil auch als ein Kompliment an unsere Hochschulpolitik betrachtet, was Sie gesagt haben, weil Sie ja doch vieles durchaus auf Ihre Weise gewürdigt haben.

Nun kann man nicht in allem einer Meinung sein. Deshalb will ich eine Anmerkung zu dem Punkt machen, was Bund und Länder sich im Hochschulbereich vorzunehmen haben:

Da denke ich, daß wir doch als Länder ein massives Interesse daran haben, daß sich der Bund wieder stärker in die Hochschulfinanzierung hineinbewegt. Der Bund hat seinen Anteil an der Finanzierung der Hochschulen in den letzten Jahren konsequent gesenkt. Aus diesem Grunde meinen wir, daß wir die besondere Belastungssituation mit neuen

(Frau Minister Brunn)

- (A) Aufgaben,\* mit überregionalen und internationalen Aufgaben unter gleichzeitigem schrittweisem Rückzug des Bundes aus den Finanzierungsanteilen in der Bildung sehen müssen. Bei der Hochschulbaufinanzierung ist es ja so weit, daß die Länder sogar eine halbe Milliarde DM vorfinanziert haben.

Wenn wir uns nun ein neues Programm vornehmen, dann, denke ich, muß es möglich sein, hier ein Stück aufzuholen, und zwar in einem speziellen Feld, wo das übergeordnete, gemeinsame Anliegen - Stichwort Europa und Stichwort Nachwuchsförderung - einen anderen Finanzierungsschlüssel notwendig macht.

Es gibt auch schon Fälle, in denen man zu einer Finanzierung von 90 : 10 im Verhältnis Bund zu Land gekommen ist, nämlich bei den Großforschungseinrichtungen. Wir hätten also selbst einen solchen Schlüssel vorschlagen können.

Ich wäre dankbar, wenn der Landtag gerade in dieser Frage nicht kneifen würde, weil sich alle Kultusminister - ob sie jetzt einem A-Land oder B-Land entstammen, der CDU, SPD, F.D.P. oder CSU angehören - in der vergangenen Woche darin einig waren - wir haben da ein wenig nachgeholfen -, daß das eine wichtige Forderung der Länder an den Bund sei. Außerdem war man bereit, sich in den Sachforderungen sehr weit aufeinander zuzubewegen.

- (B) Übrigens: Das Papier, welches die Kultusminister vorgelegt haben, ist im wesentlichen das, was am 21. August von vier Ministern, und zwar den Herren Riesenhuber, Möllemann, Franke und dem Kultusminister von Rheinland-Pfalz, Göller, erarbeitet, dann aber von der Bundesregierung nicht akzeptiert worden ist. Man muß einfach wissen, daß es sich nicht um das Papier des Bundes, sondern um das dieser vier Minister - zwei vom Bund und zwei aus den Ländern - handelt. Die Bundesregierung ihrerseits hat ein anderes Papier entworfen. In dieses Vakuum hinein haben sich die Kultusminister unter unserer Federführung gemäß unserem Vorschlag mit der Erarbeitung eines neuen Papiers bewegt, auf das man sich dann breit einigen konnte. Es wäre gut, würde der Landtag dies unterstützen.

Erlauben Sie mir noch eine Anmerkung zum Wohnraum, Herr Kollege Reichel. Richtig ist, daß das Programm, welches der Bund jetzt mitfinanzieren will, 300 Millionen DM umfassen soll. Für das kommende Jahr ist allerdings nur ein kleinerer Anteil vorgesehen. Es sah zunächst so aus, als wenn die jährlich - so

hatten Sie gesagt - ein 300-Millionen-Programm aufliegen wollten. Dann haben sie sich auf diese Summe geeinigt. Auch diese ist jedoch für uns zweckmäßig und sinnvoll zur Ergänzung unseres eigenen Programms. Als Sie sofort diese großen Summen ins Spiel brachten, habe ich mich gewundert, denn so viele Mittel kann man gar nicht so schnell verbauen, weil man erst die Grundstücke bereitstellen muß.

Durch die Strukturhilfemittel, durch unser eigenes Programm und durch das jetzt zu schaffende Bund-Länder-Programm, wobei wir die Vereinbarung am 21. Dezember oder schon früher hoffen verabschieden zu können, haben wir jetzt wirklich Möglichkeiten des Wiedereinstiegs in den studentischen Wohnraumbau, die uns helfen, die notwendigen Wohnungen zu bauen. Jetzt wird es darauf ankommen, daß vor allen Dingen administrativ in den Studentenwerken und gemeinsam mit den Städten, die hier sehr bereitwillig helfen, Grundstücke gefunden werden, um die erforderlichen Bauten zu beginnen.

Eine allerletzte Anmerkung! Herr Goldmann hat auf die Konsequenzen aus der deutsch-deutschen Öffnung für den Hochschulbereich hingewiesen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, weil ich glaube, daß dies auch die Dringlichkeit weiterer Maßnahmen im Hochschulbereich noch einmal unterstreicht. Ich bin davon überzeugt, daß wir unsere Prognose spätestens im kommenden Jahr noch einmal neu schreiben müssen, da die Veränderungen, die wir in diesem Jahr erlebt haben, eine bereits jetzt absehbare Korrektur nach oben notwendig machen. Wir müssen - so hat auch die Kultusministerkonferenz ausgeführt - nicht nur sehr schnell unsere Zahlen neu bearbeiten, sondern vor allen Dingen sehen, welche praktischen inhaltlichen Konsequenzen zu ziehen sind, etwa in der Frage gemeinsamer Forschungsprojekte, in der Frage, was aus unserem Wissenschaftsfeld beratend hilfreich für die Neuentwicklung der Institutionen im anderen Teil Deutschlands, die jetzt durchgeführt werden muß, zur Verfügung gestellt werden kann. Ich glaube, wir haben keinen Grund, uns auf das hohe Roß zu setzen, sondern sollten zupacken und praktisch helfen.

Ich sehe auch eine große Chance für die Studierenden dahin gehend, daß wir ein wenig Abstand von den Feindbildern nehmen können, daß wir praktisch auf beiden Seiten abrüsten können. Das hätte nebenbei eine positive Auswirkung im Hinblick auf das "berühmte" überholte Berufseinstiegsalter. Unsere Absolventen wären sehr viel jünger, wenn sie nicht so lange Wehrdienst be-

(C)

(D)

(Frau Minister Brunn)

- (A) ziehungsw~~e~~ise Zivildienst leisten müßten. Das ist etwas, was ich als Beiprodukt der Entspannung in Europa erwarte, daß man sich nämlich auf kürzere Zeiten für Wehr- und Zivildienst einigt, also nicht etwa gleich lange Zeiten anstrebt und die Erhöhung aussetzt, wie das jetzt geschieht, sondern sich auf niedrigere Wehrdienst- und Zivildienstzeiten verständigt, so daß man vielleicht wie Anfang der 60er Jahre nur ein Jahr zu dienen braucht. Die Studenten wären dann nämlich auch beim Verlassen der Hochschulen jünger.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Einzelplan 06 entsprechend den Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 10/4906 und 10/4975 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen.  
- Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?  
- Damit ist der Entwurf des Einzelplans 06 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 08: Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Abg. Thoben von der Fraktion der CDU das Wort.

- (B) Frau Thoben (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Sozialprodukt wird in der Bundesrepublik im Jahre 1989 real um 4 % wachsen. Das wird das Traumergebnis der 80er Jahre sein.

(Beifall bei der CDU)

An diesem Traumergebnis partizipiert auch das Land Nordrhein-Westfalen. Wir freuen uns darüber; wir begrüßen das.

(Beifall bei der CDU)

Das Land nimmt an diesem bundesweiten Aufschwung teil. Die Einnahmen sprudeln in bisher ungekanntem Ausmaß. Ich möchte das deshalb noch einmal festhalten, weil ich mich noch sehr gut an das Gezeter erinnere, was die Einnahmeschätzung anging, und an die nur sehr zögernde Nachlieferung der faktischen Daten.

Die Zahl der Arbeitsplätze ist beachtlich gestiegen. Die Ruhrgebietskammern attestieren der Wirtschaftsverfassung unter konjunk-

turellen Gesichtspunkten eine blendende Konstitution. Der Sachverständigenrat rühmt die Befindlichkeit, formuliert allerdings weitere Forderungen an das Fortentwickeln einer im marktwirtschaftlichen Sinne guten Wirtschaftspolitik auf Bundesebene.

(C)

Wir debattieren die Vorlage des Haushalts 1990 also in einem insgesamt wirtschaftlich glänzenden Umfeld.

Der Mittelstand in seiner ganzen Breite, Handel, Dienstleistungen, Handwerk, industrielle Kleinunternehmen, haben zu dem Anstieg der Arbeitsplätze in unserem Lande wesentlich beigetragen. Auch ihnen von dieser Stelle aus Dank.

Doch selbst wenn man in einer solchen Verfassung über Wirtschaftspolitik und Haushalt debattiert, bleibt zu prüfen: Ist das, was das Land originär beitragen kann und beitragen sollte, bereits so, wie es nach unserer Auffassung sein sollte?

Wir attestieren der Landesregierung gerne, daß sie versucht hat, sich Mühe zu geben. Aber wir müssen, wenn wir uns den Haushalt für das Jahr 1990 ansehen, hier doch eine Reihe von Fragen anmelden.

Herr Wirtschaftsminister, die Etatansätze im Einzelplan 08 haben im Zuge der Beratungen durch Ergänzungsvorlagen und zweite Ergänzungsvorlagen in einem Umfang und in einer Vielzahl von Etatpositionen Änderungen erfahren, die das Nachvollziehen, daß das Ganze von einem Gedanken von seiten der Landesregierung getragen war, nur noch schwer zulassen.

(D)

Sie haben einmal versucht, unter Einbeziehung der Strukturhilfemittel vorhandene Landesprogramme zu kürzen, um dann so zu tun, als ob Sie diese Strukturhilfemittel wieder auffüllen. Sie haben dabei den Grundsatz, den das Strukturhilfegesetz auch zum Gegenstand hatte, nämlich zusätzliche Maßnahmen im Lande zu bewegen, nur noch in Ansätzen erkennen lassen. Überwiegend dienen die Mittel in Ihrem Haushalt dazu, Streichungen bei Landesprogrammen wieder wettzumachen. Das sollten all die Menschen im Lande wissen, die sich Ihre Wirtschaftsförderungspolitik und den Beitrag des Bundes zu dem, was Sie hier tun, vielleicht nicht so klar machen.

Vor allen Dingen haben Sie, Herr Wirtschaftsminister - und darüber, glaube ich, brauchen wir eine sehr intensive Debatte -, den Beitrag der EG aus den verschiedenen Förderprogrammen, wie Sie es dargestellt